



Bedenkliche Änderungen im Pass- und Ausweisrecht

Kritik aus der Linksfraktion am von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf

Zur von der Bundesregierung vorgelegten Entwurf zur Änderung des Pass- und Ausweisrechtes erklärte Katharina König, datenschutzpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag: „Der vorgelegte Gesetzentwurf ist nicht nur unnötig, sondern kann unter Umständen gefährliche Auswirkungen haben. Ich teile die kritische Auffassung, dass der Entwurf Datenschutzstandards unterläuft und in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung ohne wichtigen Grund eingreift.“

Die geplanten Änderungen dienen in der Hauptsache dazu, den elektronischen Identitätsnachweis, der in neu ausgegebenen Ausweisen als Option aktiviert werden kann, zum verpflichtenden Bestandteil zu machen.

Das sieht die LINKE-Politikerin kritisch: „Der Gesetzentwurf der Bundesregierung stellt selbst fest, dass in den meisten Fällen eine solche unzweifelhafte Identitätsfeststellung von den jeweils beteiligten Seiten nicht als notwendig angesehen wird. Dort, wo sie in der Privatwirtschaft noch für nötig gehalten wurde, haben sich längst andere Lösungen für das Problem gefunden. Selbst bei staatlichen Stellen gibt

es funktionierende Alternativen für den elektronischen Identitätsnachweis, so dass ein Zwang zur Nutzung der Funktion des Ausweises unnötig ist.

Die Bundesregierung verspricht eine größere Sicherheit vor Betrug und Identitätsdiebstahl, doch die Sicherheit des elektronischen Identitätsnachweises erweist sich als trügerisch. Experten warnen schon länger davor, dass insbesondere durch kompromittierte Geräte, die den elektronischen Identitätsnachweis des Ausweises auslesen, die Daten an Kriminelle weitergeleitet werden können. Damit ergeben sich neue Möglichkeiten zum massenhaften Identitätsdiebstahl. Zwingt man also die Menschen zur Nutzung der Funktion, setzt man sie einem zusätzlichen Sicherheitsrisiko aus.“

Zugriff auf Fotoarchiv aller Einwohnerinnen und Einwohner

Katharina König verweist darauf, dass in der Experten-Anhörung im Bundestag der Vertreter der Bundesdatenschutzbeauftragten deshalb forderte, dass eine Verpflichtung zur Nutzung gesetzlich ausgeschlossen werden sollte. Das Vorhaben der Bundesregierung, künftig den Geheimdiensten den automatisierten Zugriff auf biometri-

sche Daten und insbesondere die bei Kommunen vorgehaltenen Fotos aller EinwohnerInnen zu ermöglichen, stößt auf Ablehnung der Linksfraktion.

Deren innenpolitischer Sprecher, Steffen Dittes, weist auf die fehlende Kontrollierbarkeit des Zugriffs hin. „Mit dieser Regelung hätten die Geheimdienste Zugriff auf ein Fotoarchiv aller Einwohnerinnen und Einwohner und könnten dieses sogar duplizieren. Es wäre technisch möglich, Menschen auf eigenen Fotoaufnahmen durch Rückgriff auf Meldedaten automatisiert zu personalisieren, ohne dass dies einer Kontrolle unterliegt. Dies wäre eine bislang einmalige Erweiterung von Zugriffsrechten auf Personendaten ohne rechtsstaatlich überprüfbare und ohnehin nur vage formulierte Eingriffschwellen. Das ist mit einem bürgerrechtlichen Anspruch an Politik unvereinbar.“

Auch Datenschutzbeauftragte haben nur sehr begrenzte Möglichkeiten, die Verwendung solcher automatisierten Abfragen bei den Geheimdiensten zu kontrollieren. „Die Angst, dass solche Abfragen mit anderen automatischen Systemen gekoppelt werden und so eine lückenlose Überwachung von Personen möglich wird, ist daher berechtigt“, so Steffen Dittes. ■

KOMMENTIERT:

von Sabine Berninger

Selbstbestimmt leben

Die Ankündigung von Minister Dieter Lauinger, investive Landesmittel künftig nur noch für dezentrale Unterbringung, nicht mehr für so genannte Gemeinschaftsunterkünfte für Geflüchtete, zur Verfügung zu stellen, kann ich nur begrüßen. Damit wird ein wichtiger Schwerpunkt der Koalitionsvereinbarung endlich angegangen: „Leitbild für die Unterbringung von Flüchtlingen wird die dezentrale Unterbringung sein. Dazu werden wir die Landkreise und kreisfreien Städte bei der Umsetzung der dezentralen Unterbringung, inklusive haushaltsmäßiger Unterbringung (investive Landesförderung im Grundsatz nur bei dezentraler Unterbringung), unterstützen“, heißt es darin.

Über die Landesförderung nur bei dezentraler Unterbringung ist angesichts der Flüchtlingszahlen und der durch jahrelange Vernachlässigung des sozialen Wohnungsbaus angespannten Wohnungssituation in vielen Kommunen 2015 eine Diskussion kaum möglich gewesen. Noch im Sommer 2014 hatte das CDU-geführte Innenministerium eine Investitionskostenpauschale für neue Plätze in Gemeinschaftsunterkünften eingeführt (7.500 Euro/Platz bei fünfjähriger Bindungsfrist). Bis dahin waren bereits mehr als 60 Prozent der in Thüringer Kommunen lebenden Asylsuchenden in Wohnungen untergebracht. Ein Trend, den die CDU damals wieder umkehren wollte, was selbst bei Mitgliedern der damaligen Koalition zu Unmut führte.

Rot-Rot-Grün hatte 2016 eine Investitionskostenpauschale (1.000 Euro/Platz) für die Wohnungsunterbringung eingeführt. Ich hoffe, dass die künftig auf Wohnungsunterbringung beschränkte Landesförderung Anreiz für die Landkreise und kreisfreien Städte sein wird, mehr Geflüchteten ein selbstbestimmtes Leben in Wohnungen zu ermöglichen. Das ist auch integrationspolitisch sinnvoll, da neben dem Zur-Ruhe-Kommen in den 'eigenen' vier Wänden so auch mehr Begegnungen mit Nachbarn, mehr Kontakte zum Wohnumfeld ermöglicht und erforderlich werden, anstelle der häufigen Isolation in Gemeinschaftsunterkünften. Begleitend muss über weitere Integrationsangebote und Beratungs- und Anlaufstellen für Zugewanderte gesprochen werden. Die Diskussion dazu wird bereits in den Beratungen zum Integrationskonzept und dem nächsten Doppelhaushalt geführt. ■

Termin im Büro der Landtagsvizepräsidentin

Interessante Einblicke in das Parlament und die Arbeit der Landtagsabgeordneten konnten Mädchen und Jungen in Erfurt anlässlich des Zukunftstages Girls' Day bzw. Boys' Day nehmen.

Die Schülerinnen und Schüler kamen aus Erfurt, Gotha und Arnstadt, die meisten aber waren mit einem Bus aus Gera angereist, Neuntklässler von der Staatlichen Regelschule Biblach.

Ein spannender Termin für die Gäste der Linksfraktion war das Treffen mit Landtagsvizepräsidentin Margit Jung (LINKE) in ihrem Büro in der 8. Etage des Landtagshochhauses. Aus erster Hand erfuhren sie, wie so ein Plenum funktioniert und wann Abgeordneten auch mal Ordnungsrufe gegeben werden müssen. Natürlich durfte auch die Besichtigung des Plenarsaals im Funktionsgebäude nicht fehlen.

Begonnen hatte der Tag mit einem „Arbeitsfrühstück“ zum Kennenlernen in der Fraktion, zu dem die gleichstellungspolitische Sprecherin, Karola



Stange, die Mädchen und Jungen eingeladen hatte. Es sei immer noch eine wichtige Aufgabe, geschlechtertypische Rollenbilder infrage zu stellen und gerade Schülerinnen und Schülern, die sich verstärkt mit ihrer Berufswahl beschäftigen, Impulse für neue, andere Wege zu geben, sagte die Abgeordnete.

Den bundesweiten Zukunftstag – als Girls' Day zunächst nur für Mädchen eingeführt – gibt es seit dem Jahr 2001. Der Boys' Day, der als Ergänzung und Reaktion auf den Mädchenzukunftstag gesehen werden kann, wurden offiziell 2005 eingeführt.

Foto: Annette Rudolph ■